



Annette Widmann-Mauz MdB

Berlin aktuell Die Woche im Bundestag

Thema der Woche Thema der Woche Thema der Woche Thema der Woche Thema der Woche
Gesetzliche Krankenversicherung auf eine solide Basis gestellt
Gesundheitsversorgung auf höchstem Niveau auch für kommende Generationen gesichert

Mit dem an diesem Freitag in namentlicher Abstimmung verabschiedeten Gesetz zur nachhaltigen und sozial ausgewogenen Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) wird sichergestellt, dass auch in Zukunft jeder einen direkten Zugang zu einer exzellenten Gesundheitsversorgung erhält. Eines der großen Reformprojekte der christlich-liberalen Koalition in dieser Legislaturperiode ist damit in dieser Woche zum Abschluss gebracht worden. Wir haben in Deutschland eines der besten Gesundheitssysteme weltweit. Es bietet jeder Bürgerin und jedem Bürger eine Gesundheitsversorgung auf höchstem Niveau. Dies schließt auch den Zugang zur medizinischen Innovation für jedermann mit ein. Dieses hohe Versorgungsniveau gilt es zu schützen und für künftige Generationen zu erhalten. Die Regierungskoalition hat mit dem GKV-Finanzierungsgesetz erreicht, dass diese Gesundheitsreform keine höheren Eigenleistungen, keine Abstriche vom Leistungskatalog, keine Leistungsausgrenzung und keine Priorisierung von medizinischen Maßnahmen wie in anderen Ländern vorsieht. Gleichzeitig werden die Ausgaben dort begrenzt, wo das verantwortlich ist, ohne dass dies zu Leistungseinschränkungen oder Qualitätsverlusten führt. Zur Stärkung der Finanzierungsgrundlage der GKV kehren wir zu dem Beitragssatz zurück, der vor der Wirtschaftskrise erhoben wurde. Die Finanzkrise ist in weiten Teilen überstanden, und die Zahlen aus der Wirtschaft geben Anlass zur Freude. Vor diesem Hintergrund kann der im Konjunkturpaket II reduzierte Beitragssatz für die GKV Ende dieses Jahres wieder auf sein ursprüngliches Niveau angehoben werden. Mit dann 15,5 Prozent befinden sich die Beiträge zur GKV ab dem 1. Januar 2011 auf dem Niveau vom 1. Januar 2009. Davon tragen die Arbeitgeber wie zuvor 7,3 Prozent, die Arbeitnehmer 8,2 Prozent. Die beitrags- und zusatzbeitragsfreie

Familienmitversicherung bleibt unverändert erhalten. Nur mit diesen Beitragssätzen kann das drohende Defizit in der GKV von bis zu 11 Milliarden Euro abgewendet werden. Für die Zukunft gilt außerdem, dass der Arbeitgeberbeitrag festgeschrieben wird. Die automatischen Auswirkungen steigender Gesundheitsausgaben auf die Lohnkosten werden damit durchbrochen. Um Beschäftigung zu erhalten, werden die demografisch bedingt unvermeidlichen Kostensteigerungen der Zukunft über den weiterentwickelten einkommensunabhängigen Zusatzbeitrag finanziert. Die Zusatzbeiträge stehen den Krankenkassen unmittelbar zu und werden von ihnen in voller Höhe direkt beim Versicherten eingezogen. Die Begrenzung auf ein Prozent des beitragspflichtigen Einkommens entfällt. Damit erhalten die Krankenkassen einen Teil ihrer Beitragsautonomie zurück, die sie durch die Einführung des Gesundheitsfonds verloren haben. So stärken wir den Wettbewerb unter den Krankenkassen. Beim Zusatzbeitrag soll aber niemand überfordert werden. Für Geringverdiener wird ein Sozialausgleich eingeführt, wenn der durchschnittliche Zusatzbeitrag zwei Prozent des Einkommens eines Versicherten übersteigt. Außerdem besteht jederzeit die Möglichkeit, aus einer Kasse mit hohen Zusatzbeiträgen in eine günstigere Kasse zu wechseln. Damit wird niemand zum Bittsteller. Da die Ausgaben der GKV seit vielen Jahren schneller wachsen als die beitragspflichtigen Einnahmen, muss neben der Einnahmen- auch die Ausgabenseite betrachtet werden. In den kommenden beiden Jahren dürfen daher die Verwaltungskosten der Krankenhäuser nicht steigen. Zudem wird der Ausgabenzuwachs bei der Vergütung in der vertragsärztlichen Versorgung in den Jahren 2011 und 2012 insgesamt begrenzt. Damit werden 2011 und 2012 7,5 Milliarden Euro eingespart. Darin enthalten sind auch die erwarteten Aus-

gabensenkungen aufgrund des ebenfalls in dieser Woche verabschiedeten Gesetzes zur Neuordnung des Arzneimittelmarktes in Höhe von knapp 2 Milliarden Euro.

„Mit Hochdruck zum Stromauto!“

Mit dem Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP „Mobilität nachhaltig sichern – Elektromobilität fördern“ wird die Bundesregierung aufgefordert, die Förderung der Elektromobilität im Bereich Grundlagenforschung, Batterieelektrik und Netzgestaltung voranzutreiben, die existierenden Forschungsprogramme entsprechend zu fokussieren und auf hohem Niveau zu verstetigen. Anlässlich der ersten Lesung des Antrages im Deutschen Bundestag erklärte der Beauftragte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für Elektromobilität und Konstanzer Abgeordnete Andreas Jung: „In der Elektromobilität sehen wir eine Herausforderung für die deutsche Wirtschaft und eine Chance für innovative Arbeitsplätze: In der Automobil- und Zulieferindustrie, genauso aber auch in der chemischen Industrie und im Energiebereich. Zudem bietet sie enorme Potentiale für den Klimaschutz. Wir knüpfen die Elektromobilität an zusätzlich erzeugte erneuerbare Energie: Ökostrom ist der Treibstoff von morgen! Die Union legt in der Förderung der Elektromobilität den Schwerpunkt auf Forschung. Wir müssen schneller und besser werden, denn die anderen schlafen nicht. Deshalb müssen wir klotzen, nicht kleckern. Nach Auslaufen der Forschungsmittel aus dem Konjunkturpaket II im kommenden Jahr brauchen wir eine Anschlussfinanzierung auf hohem Niveau. Dafür steht die Unionsfraktion. Nur so gelingt es uns, bei Entwicklung und Produktion eine Spitzenstellung einzunehmen. Wir wollen mit Hochdruck zum Stromauto!“

Wirtschaftswunder 2.0 bestätigt Union

Anlässlich der Vorstellung des Jahresgutachtens 2010/2011 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in dieser Woche erklärte der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Waiblinger Abgeordnete Dr. Joachim Pfeiffer: "Das Gutachten belegt: Deutschland erlebt ein Wirtschaftswunder 2.0. Die Krise hat die deutsche Wirtschaft nicht ge-

schwächt. Im Gegenteil: Das Modell Deutschland lässt die deutsche Wirtschaft gestärkt und wesentlich schneller aus der Krise herauskommen als unsere Nachbarn. Arbeitgeber und Arbeitnehmer haben konstruktiv und kreativ zusammengearbeitet. Flexible Arbeitszeitgestaltungen haben ermöglicht, unverzichtbares Know-how in den Unternehmen zu halten. Wieder einmal beweist sich: Nur eine breit aufgestellte Volkswirtschaft mit einer diversifizierten, wettbewerbsfähigen Industrie- und Güterstruktur kann auf den Weltmärkten bestehen. Weniger als 3 Millionen Arbeitslose sind für uns Ansporn, noch mehr Menschen in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Erstmals seit langem haben auch Langzeitarbeitslose und ältere Arbeitnehmer wieder reelle Chancen, auf dem ersten Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Wir werden die arbeitsmarktpolitischen Rahmenbedingungen so gestalten, dass jeder, der arbeiten möchte, dazu auch eine faire Chance bekommt.“ Hintergrund: Für das Jahr 2010 ist mit einem Anstieg des Bruttoinlandsprodukts von 3,7 Prozent zu rechnen. Die Zahl der Arbeitslosen ist im vergangenen Monat mit rund 2.945.000 (-86.000 gegenüber dem Vormonat) auf den niedrigsten Stand seit 18 Jahren gesunken. Die Arbeitslosenquote sank auf 7 Prozent (-0,2), saisonbereinigt 7,5 Prozent.

Energiestrategie 2020

In dieser Woche stellte EU-Kommissar Günther H. Oettinger die Energiestrategie 2020 der Europäischen Kommission vor. der Koordinator für Energiepolitik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Thomas Bareiß, aus dem Wahlkreis Zollernalb-Sigmaringen, erklärte dazu: „Mit der Energiestrategie 2020 werden wichtige Weichen gestellt für die künftige Energieversorgung Europas. Der Kommission ist es gelungen, mit Hilfe eines ganzheitlichen Ansatzes die enormen energiepolitischen Herausforderungen darzustellen. Vor allem das notwendige Investitionsvolumen von insgesamt rund 1 Billion Euro in den nächsten zehn Jahren zeigt den enormen Handlungsbedarf, den wir auf dem EU-Energiebinnenmarkt haben. Das gilt vor allem für unsere ambitionierten Zielsetzungen im Bereich des Ausbaus erneuerbarer Energien. Ohne Netzausbau kein regeneratives Zeitalter. Damit einher gehen natürlich massive Kosten,

die auf uns zukommen. Hier stehen die Politik und die Wirtschaft gleichermaßen in der Verantwortung, für mehr Akzeptanz in der Bevölkerung zu sorgen. Die deutsche Bundesregierung hat mit dem jüngst verabschiedeten Energiekonzept auf Basis einer sicheren, sauberen und bezahlbaren Energieversorgung den Weg in das regenerative Zeitalter aufgezeigt. Die Energiestrategie 2020 der EU-Kommission stellt nun den gesamteuropäischen Rahmen her.“

Drei neue Verfassungsrichter gewählt

Der Wahlausschuss des Deutschen Bundestages hat in seiner dritten Sitzung dieser Wahlperiode in dieser Woche drei neue Richter für den Ersten und Zweiten Senat des Bundesverfassungsgerichts gewählt. Als Nachfolger für den Richter Dr. Siegfried Broß im Zweiten Senat wählte der Ausschuss den thüringischen Innenminister und Hochschullehrer Prof. Dr. Peter Michael Huber. Als Nachfolgerin für die Richterin Prof. Dr. Lerke Osterloh im Zweiten Senat des Bundesverfassungsgerichts bestimmte das Gremium die ebenfalls 51-jährige Monika Hermanns, die bisher als Richterin am Bundesgerichtshof tätig war. Als Nachfolgerin für Prof. Dr. Brun-Otto Bryde im Ersten Senat entschied sich der Wahlausschuss für Prof. Dr. Susanne Baer. Die 46-Jährige studierte in Berlin Rechtswissenschaften und ist dort Professorin für "Öffentliches Recht und Geschlechterstudien". Hintergrund: Die 16 Richter des Bundesverfassungsgerichts werden jeweils zur Hälfte von Bundestag und Bundesrat gewählt. Die Wahl der vom Bundestag zu wählenden Richter übernimmt der Wahlausschuss, der zu Beginn jeder Wahlperiode eingesetzt wird. Seine zwölf Mitglieder sind Abgeordnete der im Bundestag vertretenen Fraktionen und werden nach den Regeln der Verhältniswahl in den Wahlausschuss gewählt. Die CDU/CSU-Fraktion stellt in der aktuellen Wahlperiode fünf Abgeordnete.

Zitat

«Für unsere Kinder sind das Geschichten von Opa vorm Kamin.»

(Bundespräsident Christian Wulff am Dienstag, 9. November in Potsdam zur deutschen Teilung, friedlichen Revolution und zum Mauerfall vor 21 Jahren.)